

Unsere Finanzlage.

Ein jährliches Defizit von zwei Milliarden. — Verschleppung der Vermögensabgabe. — Notwendigkeit einer Zwangsanleihe.

Im Wiener Handels- und Industrieverein hielt am 31. März d. J. der gewesene Staatssekretär Doktor Otto Steinwender in einer massenhaft besuchten Versammlung einen Vortrag über die finanzielle Staatsnotwendigkeiten Deutschösterreichs, wobei er ausführte:

Trotz der Unbestimmtheit unserer Zukunft und der Unbestimmtheit der in Betracht kommenden Ziffern müsse der Forderung nach Feststellung der finanziellen Staatsnotwendigkeiten nähergetreten werden. Der alten österreichischen Staatsschuld von 11·3 Milliarden stehen die Kriegsschulden mit einem Betrage von 70·5 Milliarden gegenüber, von denen 85 Milliarden auf die Verschuldung des Staates an die Oesterreichisch-ungarische Bank entfallen. Nach der mutmaßlichen Verteilung dieser Schulden würde für den deutschösterreichischen Staat, und zwar in jenem Umfange, wie er durch die Verfassung vorgesehen ist, für den Zinsendienst, die Ausgaben für Invalide, die Arbeitslosenunterstützung, die Kosten der Volkswehr und für den Bezug von Lebensmitteln aus dem Auslande ein Erfordernis von 5 Milliarden erwachsen, welches, auf jenes Gebiet eingeschränkt, welches der deutschösterreichischen Verwaltung tatsächlich unterworfen ist, sich auf 3·3 Milliarden vermindern würde. Da sich aus der Erhöhung der Preise für Brot und Mehl ein Eingang von etwa einer Milliarde und aus den erhöhten Steuern etwa 0·3 Milliarden ergeben dürften, bliebe ein noch zu bedeckendes Erfordernis von rund 2 Milliarden, welches durch eine Anleihe aufgebracht werden muß. Hiefür ist die Ausgabe von Schatzscheinen in Aussicht genommen, welche wahrscheinlich einen zur Deckung des gesamten Aufwandes ausreichenden Ertrag liefern werden; andernfalls wäre der Fehlbetrag durch ein Prämienanlehen zu decken. Für die Wareneinfuhr aus dem Auslande wird eine Anleihe in fremder Währung nötig sein, wozu der Staat an die Belehnung der im Inlande befindlichen fremden Effekten wird schreiten müssen. Die Erhöhung der direkten Steuern hat die Nationalversammlung bereits beschlossen und ihre Wirkung ist schon fühlbar. Es müssen jedoch auch für die Zukunft zur Deckung des Erfordernisses neue Steuern herangezogen werden, schon um das Vertrauen des Auslandes in unsere Finanzgebarung zu stärken. Das leicht Erreichbare auf diesem Gebiete ist allerdings schon längst gesehen; hingegen eignen sich die Gebühren noch zu einer stärkeren finanziellen Ausbeutung. Vor einer Uebererschätzung der Monopole als Ertragsquellen kann nicht genug gewarnt werden, zumal Monopolertragnisse und Sozialisierung einander so gut wie ausschließen. Die wichtigste Quelle für eine Herabminderung des unbedeckten Erfordernisses wäre die größte Sparjamkeit, von der wir allerdings heute noch weiter entfernt sind als von neuen Einnahmen. Die einzige Möglichkeit für einen erfolgreichen Abbau des Schuldendienstes besteht in der einmaligen Vermögensabgabe, verbunden mit einer Vermögenszuwachssteuer. Der Ertrag dieser Abgabe müßte ausschließlich zur Rückzahlung der Staatsschulden verwendet werden, wobei die Aussicht bestünde, daß durch das Ergebnis der Vermögensabgabe beiläufig der auf Deutschösterreich entfallende Anteil der Kriegsanleihen bedeckt würde. Rasches Zugreifen wäre hierzu unbedingt erforderlich und würde auch nach außen guten Eindruck machen. Zur Einschränkung des Notenumlaufes würde sich eine geringprozentige Zwangsanleihe empfehlen, welche auch die dringend notwendige Besserung der Valuta nach sich ziehen würde. Wir können aus dem Sumpfe nur dann herauskommen, wenn uns keine Kriegsschädigung auferlegt wird und wenn wir mit allen Kräften an dem Wiederaufbau des Staates arbeiten. Auch dann wird es viele Jahre brauchen, bis sich die Wirkungen dieser Besserung fühlbar machen. Jedenfalls wird dieser Prozeß nicht erfolgen können ohne Arbeit und Mühe, auch nicht ohne Härte und jedenfalls auch nicht ohne ausgiebige Steuern.

In der darauffolgenden Debatte sprach u. a. auch der ehemalige gemeinsame Finanzminister Freiherr v. Spitzmüller, der die frühere Finanzgebarung einer scharfen Kritik unterzog. Sie habe den verhängnisvollen Fehler begangen, die Begehrlichkeiten zu wecken und die Sparjamkeit sowie die Freigebigkeit am unrichtigen Platze anzuwenden. Redner bezeichnet sich als Anreger der einmaligen Vermögensabgabe; leider habe er zu große Hoffnungen mit seinem Vorschlage erweckt. Nach seinem Sturze als Finanzminister sei die Vermögensabgabe von den maßgebenden Stellen geradezu sabotiert worden. Wäre die Abgabe rechtzeitig gemacht worden, so hätte sich der Umsturz in Oesterreich in sozialer und finanzieller Beziehung nicht so katastrophal gestaltet. Jetzt ist die Situation für die Vermögensabgabe weit ungünstiger geworden; trotzdem muß sie so rasch als möglich durchgeführt werden, denn das Warten auf die übrigen Nationalstaaten habe sich in allen diesen Fragen als unzuverlässig erwiesen. Ein weiteres Mittel, aus der Not herauszukommen, wäre für uns der rasche Anschluß an die Markwährung, da mit einer verfallenen Währung ein Wiederaufbau unmöglich sei.

Böhmen geb. 1872 Direktor der Oberrealschule in Budweis. — 1879 starb in Wien FML August v. Fligely (geb. zu Janow in Galizien), der als Direktor des Militärgeographischen Institutes in Wien (1853 bis 1872) den Weltruf dieser Anstalt begründete. Der nördlichste Punkt von Franz-Josefs-Land Kap Fligely benannt.